

14/SN-395/ME

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG
Landesamtsdirektion - Verfassungsdienst

Zahl: LAD-VD-1054-1994

Eisenstadt, am 15.6.1994

Entwurf eines Bundesgesetzes über
die Rechtsverhältnisse der Makler
und über die Änderung des Konsumenten-
schutzgesetzes (Maklergesetz-
MaklerG); Stellungnahme.

Telefon (02682)-600
Klappe 2479 Durchwahl
Sachb.: Fr. Mag. Heger

Bezug: GZ 10.067/48-I 3/1994

Bundesministerium für
Justiz
Postfach 63
1016 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	41 -GE/19... 94
Datum: 21. JUNI 1994	
Verteilt 21-06-1994 Heger	

H. Bauer

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über die Rechtsverhältnisse der Makler und über die Änderung des Konsumentenschutzgesetzes (Maklergesetz - MaklerG) erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, daß vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen kein Anlaß zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen besteht.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr. Rauchbauer eh.
(Leiter des Verfassungsdienstes)

F.d.R.d.A.

Rukermau

Zl. u. Betr. w. v.

Eisenstadt, am 15.6.1994

1. Dem Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3,
1017 Wien, 25-fach,
2. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landes-
amtsdirektoren),
3. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ.
Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien,

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr. Rauchbauer eh.
(Leiter des Verfassungsdienstes)

F.d.R.d.A.

